

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, den 29.04.2026, 16:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:Vorsitzende/r

Herr Bürgermeister Patrick Nowicki

Bürgermeister

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Günter Badura

Für RM Frank Wagner bis
16:16 Uhr

SPD

Frau Ratsmitglied Nicole Maria Dickmeis

SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Krauthausen

SPD

Herr Ratsmitglied Stephan Löhmann

SPD

Herr Fraktionsvorsitzender Aaron David Möl-
ler

SPD

Herr Ratsmitglied Frank Wagner

SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Tim Bündgens

CDU

Herr Ratsmitglied Heinrich Theodor Frings

Für RM Ina Schneider

CDU

Herr Ratsmitglied Frank Meyers

CDU

Herr Fraktionsvorsitzender Thomas Schlen-
ter

CDU

Frau Ratsmitglied Renée Stühlen

CDU

Ratsmitglieder BASIS-Fraktion

Herr Ratsmitglied Michael Cremer

BASIS

Ratsmitglieder Freie Wähler-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Wilfried Berndt

Freie Wähler

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder AfD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Peter Gerald Eiter

AfD

Herr Ratsmitglied Steven John Schaepekens

AfD

Herr Fraktionsvorsitzender Michael Winterich

AfD

Ratsmitglieder Fraktion DIE LINKE

Herr Fraktionsvorsitzender Albert Borchardt

DIE LINKE

Beratende Mitglieder von Parteien

Herr Ratsmitglied Stefan Schulze

FDP

Von der Verwaltung

Herr René Costantini

Verwaltung

Frau Erste Beigeordnete Dana Duikers

Verwaltung

Herr Michael Effenberg

Verwaltung

Herr Fabian Esser

Verwaltung

Herr Rainer Fuß

Verwaltung

Herr Michael Grobusch

Verwaltung

Herr Thomas Guß

Verwaltung

Herr Christoph Guth

Verwaltung

Herr Christian Haake

Verwaltung

Frau Tamara Hartel

Verwaltung

Herr Bastian Hintzen

Verwaltung

Frau Demet Jawher-Özkesemen

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Bettina Merx

Verwaltung

Herr Martin Quadflieg	Verwaltung
Herr Michael Raida	Verwaltung
Herr Christoph Roth	Verwaltung
Herr Andreas Schäfer	Verwaltung
Herr Florian Schoop	Verwaltung
Herr René Schulz	Verwaltung
Herr Technischer Beigeordneter Achim Vogelheim	Verwaltung
<u>Schriftführer/in</u>	
Frau Paulina Scheuer	Verwaltung
Herr Christian Zylus	Verwaltung

Abwesend:

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Frau Ratsmitglied Ina Schneider	CDU
---------------------------------	-----

Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Nowicki eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 16.00 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die Vertreter*innen der Presse sowie die Zuhörenden.

Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Nowicki stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gegeben seien. Außerdem wies er auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW hin. Ebenso erfolgte ein Hinweis, dass das Erstellen nicht genehmigter Bild- und Tonbandaufnahmen grundsätzlich untersagt ist.

Es wurden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Haushaltssatzung 2026	
1.1	Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2026	
1.2	Mündl. Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	
1.3	Einrichtung von Stellen im Rahmen des Stellenplans 2026	224/26
1.4	Umbau und bauliche Erweiterung der KGS Bergrath	203/26
1.5	Umbau zur Erweiterung der OGS-Kapazitäten der KGS Dürwiß	200/26
1.6	Verlängerung des Mietzuschusses für das Objekt Merkurstraße 11-13; hier: Antrag des VabW e.V. vom 21.08.2025	208/26
1.7	Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2026 einschl. Beschlussfassung über Änderungsanträge	216/26
2	Gleichstellungsplan 2024-2029	220/26
3	Dramatische finanzielle Lage der Kommunen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.2026	234/26
4	Kenntnisgaben	
4.1	Erstellung von Konsolidierungsoptionen; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.12.2025	237/26

- 4.2 Ermächtigungsübertragungen ins Haushaltsjahr 2026
5 Anfragen und Mitteilungen

134/26

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Erwerb von Grundstücks- und Teileigentumsflächen
7 Anfragen und Mitteilungen

238/26

Öffentlicher Teil

1 Haushaltssatzung 2026

1.1 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2026

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2026 ist ortsüblich und zwar im Amtsblatt der Stadt Eschweiler, 42. Jahrgang, in der Ausgabe Nummer 8 vom 27.03.2026, bekannt gemacht worden.

Ein entsprechender Hinweis sowie darüberhinausgehend umfangreiche Informationen über das Haushaltsplanverfahren 2026 wurden ebenfalls über die Homepage der Stadt Eschweiler öffentlich zur Verfügung gestellt.

Während der Dauer des Beratungsverfahrens lag der Entwurf der Haushaltssatzung 2026 zu den allgemeinen Sprechzeiten bei der Dienststelle „Finanzbuchhaltung“ im Rathaus zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Einwendungen konnten seitdem von Einwohnern und Abgabepflichtigen in der Zeit vom 30.03.2026 bis einschließlich 23.04.2026 schriftlich eingereicht oder dort zur Niederschrift erklärt werden.

Weder Einwohner noch Abgabepflichtige haben von Ihrem Einwendungsrecht Gebrauch gemacht

1.2 Mündl. Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Frau Stadtkämmerin Merx führte folgende Berichte aus:

Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsplanberatungen im Jugendhilfeausschuss

Gemäß § 71 Absatz 4 SGB VIII in Verbindung mit § 8 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Eschweiler steht dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel zu und er übt das Recht zur Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe aus.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Eschweiler hat daher in seiner Sitzung am 21. April 2026 den Entwurf des Jugendhilfeetats für das Haushaltsjahr 2026 für die Produkte

- Unterhaltsvorschussleistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Kinder- und Jugendförderung
- Hilfe für junge Menschen und ihre Familien
- Öffentliches Grün – Teilbereich Kinderspielplätze

beraten.

Verwaltungsseitig lagen zum eingebrachten Entwurf keine Änderungen vor.

Bis zum 15. April 2026 (Einreichungsfrist für Änderungsanträge der Stadtratsfraktionen) lagen für den Jugendhilfeausschuss folgende haushaltsverändernden Anträge der Ratsfraktionen vor:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und Bündnis 90/Die Grünen

Mit Datum vom 23.05.2025 beantragten die Stadtrats-Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass das Jugendamt der Stadt Eschweiler Kontakt zu den Partnerstädten aufnehmen möge, um den Austausch zwischen den Jugendlichen wieder zu beleben.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 02.09.2025 (VV Nr. 235/25) diesem gemeinsamen Antrag entsprochen.

Um über die reine Kontaktaufnahme hinaus auch tatsächlich einen Jugendaustausch durchführen zu können, ist in eine zusätzliche Mittelbereitstellung in Höhe von 3.000,00 Euro, erforderlich.

Nach Erörterung empfahl der Jugendhilfeausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, die v.g. Haushaltsmittel aufwandsneutral durch eine entsprechende Mittelverlagerung aus dem Produkt Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Sachkonto 52830200, vorzunehmen. Auf die lfd. Nr. 28 der Auflistung der politischen Änderungsanträge zur VV 216/26 wird ergänzend verwiesen.

Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen

Mit Datum vom 02.02.2026 beantragten die Fraktionen der CDU und SPD die Einstellung eines Budgets von 500,00 € in den Haushalt 2026 für Maßnahmen gegen Antisemitismus in Eschweiler, z.B. für Projekte an Schulen.

Der Rat der Stadt Eschweiler stimmte in seiner Sitzung am 03.02.2026 diesem Eilantrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion einstimmig zu.

Nach eingehender Beratung beantragte die SPD-Fraktion, im Rahmen der jetzigen Etatberatung die Maßnahme abweichend von der bisherigen Zuordnung über das Produkt Sonstige schulische Aufgaben, Sachkonto 52911200, Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen innerhalb des Budgets in Höhe von insgesamt 8.000 Euro abzuwickeln. Die Bezeichnung des Sachkontos ist entsprechend zu ergänzen.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss einstimmig diese Verfahrensweise. Auf die lfd. Nr. 27 der Auflistung der politischen Änderungsanträge zur VV 216/26 wird ergänzend verwiesen.

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.04.2026

Zu dem Antrag der SPD-Fraktion vom 15.04.2026 den Ansatz für die Beschaffung von Spielgeräten im Jahr 2026 und 2028 um jeweils 30.000 Euro für die Beschaffung inklusiver Spielgeräte aufzustocken wurde intensiv diskutiert. Schließlich einigte sich der Jugendhilfeausschuss einvernehmlich, zu diesem Sachverhalt zunächst über die AG Kinderspielplätze konkrete Bedarfe und Prioritäten zu ermitteln. Vor diesem Hintergrund zog die SPD-Fraktion ihren Antrag auf Aufstockung der Mittel für die laufenden Etatberatungen zurück.

Entwicklung eines lokalen Inklusionsplans:

Da der Antrag sich nicht explizit ausschließlich auf Kinder und Jugendliche bezieht, verwies der Jugendhilfeausschuss diesen Antrag zur Beratung in den heutigen Haupt- und Finanzausschuss.

Auf die entsprechende lfd. Nr. 26 in der Auflistung der politischen Änderungsanträge zur VV 216/26 wird ergänzend verwiesen.

Im Übrigen stimmte der Ausschuss dem Entwurf des Jugendhilfeeats 2026 ff. unter Einbezug der vorgenannten Einzelbeschlüsse einstimmig zu.

Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsplanberatungen im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration hat sich auf Grundlage von § 11 Absatz 3 der Zuständigkeitsordnung für den Rat und seiner Gremien in seiner Sitzung am 16. April 2026 mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2026 beratend beschäftigt.

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion, die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Objektverwaltung der Übergangswohnungen/-heim abzulehnen, regt der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration an, diesem Antrag nicht zu folgen. Auf die lfd. Nr. 20 der Auflistung der politischen Änderungsanträge zur VV 216/26 wird ergänzend verwiesen.

Darüber hinaus sieht der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration in der vorgestellten Entwurfsplanung seine Anliegen und Interessen grundsätzlich abgebildet, unterbreitet dem Haupt- und Finanzausschuss jedoch den Antrag, das zur Verfügung stehende Budget für Veranstaltungen in 2027 um 1.000 Euro und ab 2028 um 2.000 Euro zu erhöhen. Auf die lfd. Nr. 22 der Auflistung der Änderungsanträge zur VV 216/26 wird ergänzend verwiesen.

1.3 Einrichtung von Stellen im Rahmen des Stellenplans 2026

224/26

Herr Ausschussvorsitzender Bürgermeister Nowicki verwies auf das Eintreffen von Herrn RM Schulze sowie des Herrn RM Wagner.

Herr RM Badura setzte sich in den Zuschauerbereich.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Eschweiler, die in der Anlage aufgeführten Stellen im Rahmen der Aufstellung des Stellenplans 2026 einzurichten.

Der Stellenplan ist entsprechend dem Ergebnis der Haushaltsberatungen zu überarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr RM Winterich beantragte die getrennte Abstimmung zu den in der Verwaltungsvorlage genannten thematischen Bereiche 1. bis 4.:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste folgende Beschlüsse:

1. Politische Beschlüsse: mehrheitliche Zustimmung, bei Gegenstimmen AfD-Fraktion und Freie Wähler-Fraktion, sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion.
2. Stellenmehrungen durch die unterjährige Stellenbewirtschaftung: mehrheitliche Zustimmung, bei Gegenstimmen AfD-Fraktion und Freie Wähler-Fraktion, sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion.
3. Stellenneueinrichtungen: mehrheitliche Zustimmung, bei Gegenstimmen AfD-Fraktion und Freie Wähler-Fraktion, sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion.
4. Mehrbedarf der Feuerwehr und Rettungsdienst: mehrheitliche Zustimmung, bei Enthaltung der BASIS-Fraktion.

Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Nowicki unterbrach die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von 16:26 Uhr – 16:30 Uhr.

1.4 Umbau und bauliche Erweiterung der KGS Bergrath

203/26

Herr RM Möller wies darauf hin, dass die SPD den Antrag im Grundsatz unterstützt, wenn eine Förderung gesichert ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat mehrheitlich, bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion und Freie Wähler-Fraktion und Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, die nachfolgenden Beschlüsse zu fassen:

1.) Das dargestellte Ergebnis der Machbarkeitsstudie wird zur Kenntnis genommen. Der vorgelegten Planung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der weiteren Umsetzung der dargestellten Sanierung und Erweiterung der KGS Bergrath unter Inanspruchnahme der beiden Förderprogramme beauftragt. Die Projektkosten werden bei dieser Variante auf 18,1 Mio. geschätzt. Die Beteiligung der Schulkonferenz soll auf dieser Grundlage erfolgen. Die bauliche Umsetzung der Maßnahme ab der Leistungsphase 7 (Durchführung der Vergabe) gem. HOAI steht hierbei unter dem Vorbehalt der Fördermittelzusagen. Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt der Bestandskraft des Haushalts 2026.

2.) Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel aus den Förderprogrammen „Energetische Sanierung kommunaler Gebäude“ (Förderstrang 2, Einzelmaßnahmen) und die Förderung zum „Ausbau ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder in der Primarstufe im Rheinischen Revier“ zur Sanierung und der baulichen Erweiterungsmaßnahmen an der KGS Bergrath auf der Grundlage der Sachverhaltsschilderungen zu beantragen.

3.) Um die Umsetzung im Förderzeitraum zu ermöglichen, wird die Verwaltung beauftragt die Planung bis einschließlich der Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) der HOAI für die parallele Erweiterung der Schule und der Sanierung des Bestandsgebäudes sowie hierzu der erforderlichen Errichtung eines Interimsgebäudes auf der benachbarten Festwiese auszuschreiben und zu vergeben. Die Einrichtung von einer zusätzlichen, entsprechend befristeten Planstelle, die für die fristgerechte Durchführung der Maßnahme zwingend erforderlich ist, wird zugestimmt.

4) Vorbehaltlich der Bestandskraft des Haushalts 2026 wird gemäß §5 (3) der Zuständigkeitsordnung vom 26.11.2025 für die Baumaßnahme eine Budgetfreigabe zur Ausschreibung in Höhe der im Haushalt 2026 vorgesehenen Mittel erteilt. Sofern durch die jeweilige Beauftragung das bewilligte Gesamtbudget nicht zu überschreiten droht, gilt die Zustimmung als erteilt.

1.5 Umbau zur Erweiterung der OGS-Kapazitäten der KGS Dürwiß 200/26

Im Rahmen der Vorberatung empfahl der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat einstimmig dem Ausbau der OGS Dürwiß wie im Sachverhalt dargestellt zuzustimmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür Fördermittel beim Fördergeber Rheinisches Revier in Höhe von 95 % der förderfähigen Kosten zu beantragen. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Bestandskraft des Haushalts 2026. Die Umsetzung der Maßnahme in 2027 wird unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Fördermittelzusage beschlossen.

1.6 Verlängerung des Mietzuschusses für das Objekt Merkurstraße 11-13; hier: 208/26 Antrag des VabW e.V. vom 21.08.2025

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat mehrheitlich, bei Gegenstimmen der BASIS-Fraktion und Enthaltung der AfD-Fraktion, dem Antrag des VabW auf Verlängerung des Mietzuschusses für das Objekt Merkurstraße 11-13 wird für die Zeit vom 01.01.2026 – 30.09.2027 zu entsprechen.

Die Haushaltsmittel sollen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2026 bereitgestellt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig den Entwurf der Haushaltssatzung 2026 entsprechend dem Ergebnis der Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss zu überarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Positionen 1-11

Der Veränderungsnachweis der Verwaltung, der die Verwaltungsvorlagen 238/26, 203/26 und 200/26 beinhaltet, wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion, Freie Wähler-Fraktion und der BASIS-Fraktion, beschlossen.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte über die eingebrachten Änderungsvorschläge der Fraktionen und sonstigen Institutionen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2026 wie nachfolgend ab:

Position 12

Der unter Ziffer 12 formulierte Antrag der SPD-Fraktion, im Bereich von Unterhaltung, sonstiges unbewegliches Vermögen den Ansatz zur Pflege und Instandhaltung von Kunst im öffentlichen Raum um 2.500 € zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und AfD-Fraktion, abgelehnt.

Position 13

Der unter Ziffer 13 formulierte Antrag des Citymanagements Eschweiler e.V., den Zuschuss an das Citymanagement Eschweiler e.V. um 15.000 € auf 30.000 € zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.

Position 14

Die unter Ziffer 14 formulierten Anträge der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion einen generellen Stellenstopp mit begründeten Ausnahmen herbeizuführen wurde einstimmig beschlossen.

Position 15

Der unter Ziffer 15 formulierte Antrag der CDU-Fraktion die Stelle eines Architekten zu streichen, wurde mehrheitlich, bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, beschlossen.

Position 16, 31

Der unter Ziffer 16 und 31 formulierte Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, die Parkplatzgebühren zu erhöhen in Verbindung mit Maßnahmen zum Klimaschutz sowie der Stadtentwicklung wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, abgelehnt.

Position 17

Zu dem unter Ziffer 17 formulierten Antrag der SPD-Fraktion, die bisher befristete Stelle zur Schulpsychologie ab 2027 dauerhaft fortzuführen, einigte man sich im Rahmen der Diskussion einvernehmlich auf folgende Verfahrensweise:

Der Sachverhalt wird hinsichtlich weiterer Fördermöglichkeit geprüft, im zuständigen Fachausschuss beraten und im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2027 wieder aufgenommen. Der Antrag wurde seitens der SPD-Fraktion für die Haushaltsberatungen 2026 zurückgezogen.

Position 18

Der unter Ziffer 18 formulierte Antrag des VabW e.V. den Mietkostenzuschuss um 23.750 € auf 24.250 € in 2026 und um 17.800 € auf 18.300 € bis 09/2027 zu erhöhen wurde mit der VV 208/26 bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion und Enthaltungen der BASIS-Fraktion, vorher beschlossen.

Position 19, 21

Der unter Ziffer 19 und 21 formulierte Antrag der SPD-Fraktion die bis 10/2026 befristete Stelle Quartiersmanagement Eschweiler-Ost dauerhaft fortzuführen, wurde wie folgt abgeändert:

Die SPD-Fraktion beauftragt die Verwaltung, die Stelle Quartiersmanagement Eschweiler-Ost bis Ende des Jahres 2026 fortzuführen und Gespräche mit dem derzeitigen Fördermittelgeber hinsichtlich der Fortsetzung der Förderung ab 2027 aufzunehmen.

Der geänderte Beschlussvorschlag wurde einstimmig beschlossen.

Position 20

Der unter Ziffer 20 formulierte Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung einer zusätzlichen Stelle für die Objektverwaltung der Übergangswohnungen/-heime wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE, beschlossen.

Position 22

Der unter Ziffer 22 formulierte Antrag des ACI die Aufwendungen für Veranstaltungen im Bereich Chancengerechtigkeit und Integration um 1.000 € für 2027, 2.000 € für 2028 und 2.000 € für 2029 zu erhöhen wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE, abgelehnt.

Herr RM Schlenter sowie Herr RM Cremer führten für ihre Fraktionen jeweils dazu aus, den Antrag nicht grundsätzlich abzulehnen. Vielmehr seien die Maßnahmen zu konkretisieren und erneut im Rahmen der Haushaltsberatungen 2027 zu besprechen.

Position 23

Für den unter Ziffer 23 gemeinsam formulierten Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber wurde, nach Vorschlag des Herrn RM Schlenter und Zustimmung der Antragsteller, das vorgeschlagene Budget von 15.000 € um 50 % reduziert auf 7.500 €. Frau Erste Beigeordnete Duikers bestätigte, dass das Budget für die Aufgabenerfüllung auskömmlich ist.

Der Vorschlag wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion, beschlossen.

Position 24

Der unter Ziffer 24 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung einer inklusiven Karnevalsfeier im Haushaltsjahr 2027 mit einem Budget von 500 €, bei Deckung über den laufenden Haushalt, wurde einstimmig beschlossen.

Position 25

Der unter Ziffer 25 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Durchführung eines Wohnungsgipfels bei Deckung der benötigten Mittel in Höhe von 2.500 € über den laufenden Haushalt wurde durch RM Möller dahingehend geändert, dass die Veranstaltung ohne maßgebliche Budgeteinsatz durchgeführt werden soll. Herr Ausschussvorsitzender Bürgermeister Nowicki ergänzte, dass ein Auftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Durchführung der Veranstaltung erteilt wird.

Position 26

Der unter Ziffer 26 formulierte Antrag der SPD-Fraktion, die Entwicklung eines lokalen Inklusionsplans mit einem Budget von 20.000 € in 2026 zu unterstützen, wurde zurückgezogen.

Herr RM Möller griff den Vorschlag von Frau Erste Beigeordnete Duikers hierzu auf, den Inklusionsplan der StädteRegion Aachen als Grundlage, für Gespräche im Beirat für Inklusion, zur Entwicklung eines Inklusionsplanes für die Stadt Eschweiler heranzuziehen.

Position 27

Der unter Ziffer 27 gemeinsam formulierte Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion mit Verweis auf die Beschlussempfehlung des JHA zur Einstellung von 500 € Budget für 2026 für Maßnahmen gegen Antisemitismus wurde einstimmig beschlossen.

Position 28

Der unter Ziffer 28 gemeinsam formulierte Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN sowie des JHA zur Einstellung von 3.000 € in 2026 für Maßnahmen zum Austausch von Jugendlichen mit den Partnerstädten wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion, beschlossen.

Position 29

Der unter Ziffer 29 formulierte Antrag der CDU-Fraktion zur Reduzierung des Ansatzes um 13.000 € für Sportgutscheine wurde nach Mitteilung des Herrn RM Schlenter auf 12.500 € abgeändert. Dieser wurde einstimmig beschlossen.

Position 30, 32

Der unter Ziffer 30 und 32 formulierte Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung einer bis 12/2026 befristeten Stelle zum Nachhaltigkeitsmanagement wurde in einen Prüfauftrag zum Monitoring des Ansatzes für die Stelle umgewandelt. Zusätzlich bat Herr RM Schlenter nach Prüfung um Sachstandsbericht mittels VV im Fachausschuss. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Position 33

Der unter Ziffer 33 formulierte Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung einer Abteilungsleiterstelle für den Bereich Mobilität wurde zurückgenommen.

Position 34

Der unter Ziffer 34 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Anhebung des Ansatzes zur Sanierung kommunaler Straßen um 70.000 € auf 290.000 € wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und der BASIS Fraktion sowie einer Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Nowicki unterbrach die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von 19:32 Uhr – 19:45 Uhr.

Position 35

Der unter Ziffer 35 formulierte Antrag der CDU-Fraktion zur Abschaffung des City-Tickets bei Einführung des e-Tarifs mit subventioniertem Arbeitspreis - voraussichtlich im Sommer 2026 – wurde, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und AfD-Fraktion, abgelehnt. Herr RM Schlenter gab einen Auftrag in die Verwaltung zur Prüfung, ob die ältere Generation zur Nutzung des e-Tarifs befähigt werden könnte.

Herr RM Winterich beantragte während der Diskussion zu Position 35 einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte sofort zu beenden. Dieser Vorschlag wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der AfD-Fraktion und Freie Wähler-Fraktion, abgelehnt.

Position 36

Der unter Ziffer 36 formulierte Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, die Hundesteuer um jährlich 50.000 € ab 07/2026 anzuheben, wurde zurückgezogen. Herr Ausschussvorsitzender Bürgermeister Nowicki schlug vor im Rahmen der Haushaltsberatungen 2027 den Antrag wieder aufzugreifen.

Position 37

Der unter Ziffer 37 formulierte Antrag der KG Ulk Hehlrath zur Installation einer festen Beschallungsanlage für 70.000 € sowie der Beschaffung eines Bühnenvorhanges für 5.000 € wurde um die Beschaffung der Beschallungsanlage reduziert. Dieser Antrag wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion, beschlossen.

Gleichzeitig baten Herr RM Schlenter und Herr RM Möller um Prüfung des Ansatzes von 5.000 € bezüglich der Auskömmlichkeit.

Position 38

Der unter Ziffer 38 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Anbringung eines Schriftzuges an der Gebäudefront des Kirschenhofes mit einem Ansatz von 2.500 € wurde nach dem Hinweis der Erledigung durch städtische Mitarbeiter zurückgezogen.

Position 39,56 und 40,57

Der unter Ziffer 39 und 56 formulierte Antrag der CDU-Fraktion sowie der unter Ziffer 40 und 57 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Maßnahmenprüfung bzw. -Streichung der Sanierung des Rathauses im parlamentarischen Bereich wurde dahingehend geändert, dass ein notwendiger Ansatz insbesondere für Brandschutzmaßnahmen in 2026 in Höhe von 500.000 € und in 2027 in Höhe von 600.000 € festgelegt wurde. Herr Guth versicherte, dass künftige Baumaßnahmen nur mittels VV bzw. Beschlussfassung freigegeben werden. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Position 41, 42, 43, 44

Dem unter Ziffer 41 bis 44 formulierte Antrag der CDU-Fraktion, die Fortsetzung der Maßnahme Kisok Gutenbergstraße zu beenden und das Objekt vielmehr zu veräußern, wurde unter Berücksichtigung der daraus resultierenden Konsequenz der Rückzahlung bisher erhaltender Fördermittel mehrheitlich, bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, beschlossen.

Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Nowicki unterbrach die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von 21:10 Uhr – 21:20 Uhr.

Position 45, 46, 47, 48

Dem unter Ziffer 45 bis 48 abgebildete Antrag der CDU-Fraktion, die weitere Fortsetzung der Maßnahme Grillhaus/Imbiss Weisweiler zu beenden und das Objekt vielmehr zu veräußern, wurde unter Berücksichtigung der daraus resultierenden Konsequenz der Rückzahlung bisher erhaltenen Fördermittel mehrheitlich, bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, beschlossen.

Position 49

Der unter Ziffer 49 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Prüfung möglicher Kostenreduzierung bei gleichzeitiger Sanierung bzw. Erweiterung der Lüftungsanlage der Sporthalle Eichendorffstraße wurde einstimmig beschlossen.

Position 50

Der unter Ziffer 50 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Fenstersanierung der Grundschule Röhe mit einem Ansatz von 110.000 € für 2027 wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen Freie Wähler-Fraktion und AfD-Fraktion, beschlossen.

Position 51, 58

Der unter Ziffer 51 und 58 formulierte Antrag der CDU-Fraktion zur Beschaffung von zwei Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 € für 2026 sowie einem Ansatz von 500.000 € für 2027 wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion, beschlossen.

Position 52

Frau Merx führte zunächst aus, dass zwischenzeitlich eine Pressemitteilung vorliegt, wonach die Stadt Eschweiler aus dem Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ eine Förderung für die Erneuerung des Kunstrasenplatzes SC Berger Preuß erhalten soll. Eine offizielle Mitteilung des Fördermittelgebers steht jedoch noch aus.

Insoweit wird verwaltungsseitig mit Verweis auf den Beschluss des Rates vom 17.12.2025 (VV399/25) vorgeschlagen für 2026 einen Ansatz in Höhe von 45.000 Euro und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 515.000 Euro, kassenwirksam 2027, in den Haushaltsentwurf aufzunehmen. Für 2027 wird dann auch die Förderung in Höhe von voraussichtlich 252.000 Euro berücksichtigt.

Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt. RM Möller führte aus, dass dies die Intention des Antrages der SPD-Fraktion wieder gibt.

Position 53

Der unter Ziffer 53 gemeinsam formulierte Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion DIE GRÜNEN zur Beschaffung digitaler Messtechnik an Müllbehältern für 25.000 € sowie des Ersatzes von defekten Behältern durch selbstpressende Solarbehälter für 43.000 € in 2026 wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen SPD-Fraktion und Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, abgelehnt.

Position 54, 59

Der unter Ziffer 54 und 59 formulierte Antrag der SPD-Fraktion zur Aktualisierung des Straßen- und Wegekonzeptes bei gleichzeitiger Reduzierung der Maßnahmen auf ein realistisch umsetzbares Maß wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Position 55

Der unter Ziffer 55 formulierte Antrag der SPD-Fraktion sowie des JHA zur Erhöhung des Ansatzes um 30.000 € in 2026 zur Beschaffung inklusiver Spielangebote im 2 Jahresrhythmus wurde wie folgt abgeändert:

Herr RM Möller beantragte, abweichend der Beratung im JHA, einen Ansatz in Höhe von einmalig 30.000 € im Jahr 2027 bereitzustellen. Dieser Vorschlag wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen Freie Wähler-Fraktion und AfD-Fraktion, beschlossen.

2 Gleichstellungsplan 2024-2029 220/26

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss mehrheitlich, bei Enthaltungen der Fraktion DIE GRÜNEN und der BASIS-Fraktion, den Gleichstellungsplan der Stadt Eschweiler für die Jahre 2024-2029. Frau RM Stühlen hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

3 Dramatische finanzielle Lage der Kommunen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.2026 234/26

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss mehrheitlich bei Gegenstimmen der Freie Wähler-Fraktion und Enthaltung der AfD-Fraktion die Verwaltung wie folgt zu beauftragen:

1. Drei wesentliche Sachverhalte aufzuzeigen, bei welchen Kosten im laufenden Haushalt der Stadt Eschweiler auf Aufgabenzuweisungen des Landes und Bundes durchzuführen sind und nicht vollständig refinanziert sind.
2. Diese aufgezeigten Sachverhalte hinsichtlich derer das Konnexitätsprinzip folglich nicht gewahrt ist, der Landesregierung NRW bzw. der Bundesregierung zusammen mit dem Begründungstext dieses Antrags mitzuteilen.
3. Dabei mit Nachdruck auf die miserable finanzielle Situation der Kommunen hinzuweisen.
4. Den kommunalen Spitzenverbänden sowie den örtlichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten eine Durchschrift zur Kenntnis zu geben und um Unterstützung zu bitten.

4 Kenntnisgaben

4.1 Erstellung von Konsolidierungsoptionen; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.12.2025 237/26

Der im Sachverhalt erläuterte Zwischenstand wird vom Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis genommen.

4.2 Ermächtigungsübertragungen ins Haushaltsjahr 2026 134/26

Die in den beigefügten Anlagen 01 und 02 vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) aus dem Haushaltsjahr 2025 in das Haushaltsjahr 2026 werden vom Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis genommen.

5 Anfragen und Mitteilungen

Folgendes führte Frau Stadtkämmerin im Rahmen der Mitteilungen aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Bereits in der Sitzung des Stadtrates am 17.12.2025 habe ich mit der Verwaltungsvorlage 404/25 u.a. über die Haushaltsbewirtschaftung für das 2025 informiert.

Zur Entwicklung des Jahresergebnisses 2025 möchte Ihnen heute einen aktuellen Sachstand geben. Zwischenzeitlich liegt die Auswertung des externen Gutachtens zur Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellungen vor. Danach belaufen sich die aufwandswirksamen Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen für das 2025 auf rd. 8,4 Mio. Euro. Im Vergleich zu den geplanten Ansätzen eine Verschlechterung in Höhe von rd. 4,9 Mio. Euro. Dieser Aufwandsmehrung stehen korrespondierende Mehrerträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro gegenüber.

Wie schon im Dezember 2025 berichtet, kann unter Berücksichtigung der Aufwandsmehrungen der für das Jahr 2025 angesetzte globale Minderaufwand in Höhe von rd. 4,7 Mio. Euro nicht realisiert werden. Diese Entwicklung kann jedoch durch Mehrerträge aus Gewerbesteuer (rd. 16 Mio. Euro über Planansatz 2025) kompensiert werden. Insoweit ist nach wie vor davon auszugehen, dass der für das Jahr 2025 veranschlagte Fehlbedarf und die in diesem Umfang vorgesehene Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage eingehalten werden kann.“

Frau Erste Beigeordnete Duikers informierte den Haupt- und Finanzausschuss über die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten der Kita Grünstraße und die Inbetriebnahme der Unterkunft Franz-Liszt-Straße.

Herr Ausschussvorsitzender Bürgermeister Nowicki erklärte, dass der Antrag der CDU-Fraktion vom 02.04.2026 über die Begründung, Priorisierung und Risikoanalyse zu Investitionen zurückgestellt wird.

Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Nowicki beendete den öffentlichen Teil des Haupt- und Finanzausschusses um 22:30 Uhr.

Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Nowicki beendete den öffentlichen Teil des Haupt- und Finanzausschusses um 22:30 Uhr.